

ABSCHLUSSBERICHT

zur Befragung innerhalb des Programms
Partnerschaften für Demokratie
im Landkreis Bautzen



PROJEKTZEITRAUM 01.01.2022 - 31.12.2023

Impressum

Auftraggeberin:

Partnerschaften für Demokratie im Landkreis Bautzen
Fach- & Koordinierungsstelle
Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit e.V.
Lutherstraße 13, 01877 Bischofswerda V.i.S.d.Hrsg.

AutorInnen:

Friederike Beese
Sven Enger
Dr. Kati Masuhr (Mिताutorin am Bericht)

© 2024 Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit e.V.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

sowie vom Freistaat Sachsen



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

vor Ihnen liegt der Ergebnisbericht unserer in den Jahren 2022 und 2023 durchgeführten Befragung von Personen, die an Veranstaltungen oder Projekten teilgenommen haben, die durch das Programm „Partnerschaften für Demokratie“ im Landkreis Bautzen gefördert wurden.

Ausgangspunkt dieser Erhebung war in erster Linie unser Interesse als Fördermittelgeber und Projektkoordination. Unser Ziel war es einen Einblick zu gewinnen, wer an den Angeboten teilnimmt – und wer nicht. Alter, Geschlecht, weitere sozioökonomische Faktoren waren für uns dabei relevant, sowie die persönlichen Einschätzungen der eigenen Lebenssituation. Diese Umfrage kann selbstverständlich nur als Stichprobe gewertet werden. Dennoch gibt sie Anhaltspunkte und zeichnet ein recht konkretes Bild.

Holzschnittartig lässt sich folgendes vermerken:

- Es fühlen sich in der Tendenz eher Frauen als Männer angesprochen. Dem Merkmal „divers“ hat sich keine Person zugeordnet.
- Menschen mit einer Berufsausbildung oder keinem Abschluss zeigten sich signifikant in der Minderheit im Vergleich zu Teilnehmenden mit akademischem Abschluss.
- Ein Großteil der Befragten ist lokal in das Gemeinwesen z.B. in Vereine eingebunden.

Wir bedanken uns herzlich bei unseren teils langjährigen Kooperationspartnern, die durch ihre Projekte diese Erhebung ermöglicht haben, sowie bei den Teilnehmenden der Befragung. Die Ergebnisse wurden in der Demokratiekonferenz im Mai 2024 vorgestellt. Auch den Gästen dieser Veranstaltung gilt unser Dank für ihre Anregungen und Rückmeldungen.

Aktuell befinden wir uns in der Antragstellung für die neue Förderperiode 2025-2032.

Ausgehend von den Ergebnissen der Befragung als auch den Impulsen der Teilnehmenden der Demokratiekonferenz werden folgende Vorhaben in die Konzeption einfließen:

- Wir werden Weiterbildungs-/Begleitangebote für lokale Akteure anbieten, mit dem Ziel ihre Reichweiten zu erweitern.
- Wir werden unsere Förderschwerpunkte anpassen, um die Ansprache von bisher wenig involvierter Personengruppen aufzunehmen.
- Wir werden unser Förderverfahren überarbeiten, um Akteuren mehr Sicherheit und Planbarkeit zu ermöglichen. Somit erhöhen wir die Chance mit Projekten neue Personengruppen anzusprechen und einzubinden.

Wir freuen uns darauf diese und weitere Vorhaben künftig umzusetzen, sodass „Partnerschaften für Demokratie“ im Landkreis Bautzen für Sie auch weiterhin ein zuverlässiger Partner sein wird.

Mit herzlichen Grüßen,

Ihr Team der „Partnerschaften für Demokratie“ im Landkreis Bautzen

Friederike Beese

Koordinatorin der Externen Koordination- und Fachstelle
Partnerschaften für Demokratie
Netzwerk für Kinder- und Jugendarbeit e.V.

Inhalt

1. Gegenstand, Ziel und Fragestellungen des Projekts/Programms	5
2. Methodisches Vorgehen	5
2.1 Ziel und Vorgehen	5
2.2 Vorgehen	5
2.3 Erhebungsmethoden und Vorgehen	6
3. Ergebnisse	7
3.1 Merkmale der Befragten	7
3.2 Bewertung der eigenen Lebenssituation	11
3.2.1 Bewertung der allgemeinen Lebenszufriedenheit	11
3.2.2 Bewertung der eigenen finanziellen Situation	13
3.3 Bewertungen und Sichtweisen der Befragten zu politischen und gesellschaftlichen Aspekten	16
3.3.1 Bewertung der Fürsorge Deutschlands	16
3.3.2 Bewertung der Zensur in den Medien	19
3.3.3 Bewertung eines verpflichtenden Wehr- und Zivildienstes	21
3.3.4 Bewertung einer Zusatzrente für engagierte BürgerInnen	24
3.3.5 Bewertung der Ausweitung des Arbeitszwangs für Gefangene	26
3.3.6 Bewertung des Umgangs Deutschlands mit anderen Staaten	29
4. Fazit und Empfehlungen	33
4.1 Merkmale der Befragten bzw. der Zielgruppe der Angebote des Programms	33
4.2 Zufriedenheit der Befragten mit ihrer Lebenssituation	33
4.3 Bewertung der Aussagen mit Grundgesetzbezug	34
Anhang: Erhebungsbogen	36

1. Gegenstand, Ziel und Fragestellungen des Projekts/Programms

Das Bundesprogramm "Demokratie leben!" fördert in seiner Programmsäule "Partnerschaften für Demokratie" im Landkreis Bautzen unter anderem Veranstaltungen und Projektvorhaben der lokalen Trägerlandschaft, welche sich an verschiedene Schwerpunkte und Zielgruppen ausrichten. Dabei geht es dezidiert darum, dass in den Angeboten die demokratischen Werte vertreten und eine Akzeptanz dieser gefördert wird. Dieses Bundesprogramm wurde in den Jahren 2022 und 2023 in dieser Weise im Landkreis Bautzen umgesetzt und dessen Teilnehmende befragt.

2. Methodisches Vorgehen

2.1 Ziel und Vorgehen

Ziel der Befragung war es, Informationen über die Teilnehmenden an den Angeboten zu erfassen. Hierbei stellte sich die Frage, welche Merkmale Personen aufweisen, die an den Veranstaltungen teilnehmen. Darüber hinaus sollte die Befragung Aufschluss über Themen für zukünftige Bildungsmaßnahmen und Angebote geben. Damit soll eine Angebotssteuerung mit Blick auf das Ende der aktuellen Förderperiode ermöglicht werden.

2.2 Vorgehen

Befragt wurden insgesamt 244 volljährige Personen die in den Programmjahren 2022 und 2023 im Landkreis Bautzen an einem Angebot des Programms „Partnerschaften für Demokratie“ teilgenommen haben. Dabei waren nicht alle Angebote innerhalb des Förderprogramms mit der Erhebung verknüpft. Die Auswahl der zu befragenden Gruppen lag bei der Auftraggeberin. Zweck und Trägerstruktur der einzelnen Maßnahmen blieben für die Forschenden anonym.

Hierbei fand eine schriftliche Befragung im Rahmen von 16 unterschiedlichen Angeboten statt. Davon entfallen zehn Angebote auf das Programmjahr 2022 und sechs auf das Programmjahr 2023. Es kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass Personen durch die Teilnahme an verschiedenen Angeboten mehrfach befragt wurden. Die Befragung erfolgte in anonymer Form, so dass ein Rückschluss auf die Aussagen einzelner Personen weder aufgrund des ausgefüllten Fragebogens noch aufgrund der Ergebnisse möglich ist. Die hierzu genutzten Fragebögen waren in 16 Items über beide Jahre direkt vergleichbar.

Auf diese Weise nahmen im Erhebungszeitraum 2022, 134 Personen und im Erhebungszeitraum 2023, 110 Personen an der Befragung teil. Eine Gesamtzahl der Personen, die insgesamt an den 16 Angeboten teilgenommen haben, liegt zum Zeitpunkt der Berichtslegung noch nicht vor, sodass keine Rücklaufquote bestimmt werden konnte.

Die in diesem Bericht dargestellten Befragungsdaten erheben nicht den Anspruch auf ein standardisiertes Vorgehen und/oder die Anforderungskriterien einer Stichprobenauswahl, da nur ein Teilbereich eines der Arbeitsfelder der AuftraggeberInnen betrachtet wurde. Somit sind die Daten nicht als repräsentativ für den Gesamtarbeitsbereich zu verstehen.

Alle Daten wurden im Landkreis Bautzen erhoben jedoch ohne die Stadt Bautzen welche im gesamten Zeitraum über ein eigenständiges Angebot „Partnerschaften für Demokratie“ verfügte.

2.3 Erhebungsmethoden und Vorgehen

Für die Verfolgung des Ziels der Befragung bzw. zur Beantwortung der Fragestellungen wurde ein Fragebogen erstellt. Dieser Fragebogen umfasst 16 Items mit unterschiedlichen Antwortformaten. Im Rahmen von acht Items werden soziodemografische Merkmale der Befragten erfasst. Dazu gehören die Erfassung des Alters, des Geschlechts, des höchsten Schulabschlusses, des höchsten Ausbildungsabschlusses, der aktuellen beruflichen Situation. Weiterhin wird erfasst, ob die Teilnehmenden Kinder haben, Mitglied in einer Organisation bzw. ehrenamtlich tätig sind. Bei den Items handelt es sich um kategoriale Items.

Die Kategorien, in denen sich die Befragten bezüglich des Alters einordnen können, wurden aus den Anforderungen zur statistischen Erfassung durch das fördermittelgebende Bundesprogramm übernommen. Das Geschlecht wurde in drei möglichen Kategorien erfasst. Der Schulabschluss, der Ausbildungsabschluss und die berufliche Situation sind an den typischen Erfassungskategorien orientiert.

Im Rahmen von zwei Items werden die Befragten gebeten, ihre Zufriedenheit mit ihrer aktuellen Lebenssituation im Allgemeinen und ihrer Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation zu bewerten. Hierzu können sich die Befragten in einer Skala von unzufrieden (1) bis zufrieden (10) einordnen.

Im Rahmen von sechs Items werden die Befragten nach der Bewertung zu Aussagen gebeten, die eine enge Verknüpfung mit den Inhalten des Grundgesetzes und damit grundlegender demokratischer Prinzipien aufweisen. Die Bewertung der Aussagen erfolgte in alternativer Form durch eine Zustimmung („ja“) oder eine Ablehnung („nein“). Wurden von den Befragten keine Antworten gegeben, wurden diese als „keine Angabe“ („k.A.“) verzeichnet. Inhaltlich wurden diese Fragen durch das Paraphrasieren von gängigen „Stammtischparolen“ bzw. „Demonstrationsaussagen“ generiert. Dabei wurde für fast jede Aussage ein Bezug zum Grundgesetz hergestellt. Die Aussage, dass es Länder gibt, die sich besser um ihre Bürger kümmern, als Deutschland, soll weiterhin einen gesamtheitlichen Aspekt der Zufriedenheit mit der Gesamtlage abbilden. Ein Bezug zum Grundgesetz kann über den Artikel 20 mit den Sätzen 1-4 hergestellt werden. In diesen werden das Prinzip des Sozialstaats und das Prinzip des Rechtsstaats beschrieben. In der folgenden Tabelle sind die Aussagen den Paragraphen des Grundgesetzes zugeordnet, auf die sie sich beziehen.

Item Nr. Aussage Bezug zum Grundgesetz

10	Es gibt Länder, die sich besser um ihre Bürger kümmern als Deutschland.	GG Artikel 20
11	Private Fernseh- oder Radiosender sind weniger zensiert als öffentlich-rechtliche Medien.	GG Artikel 5, Absatz 1-3
12	Es sollte einen verpflichtenden Dienst wie z.B. Wehr- oder Zivildienst für alle Staatsangehörigen geben.	GG 12 Absatz 2 GG Artikel 12a
13	Menschen, die sich gesellschaftlich engagieren sollten eine staatliche Zusatzrente erhalten.	Kein Bezug zum Grundgesetz. Erfassung des Gefühls von fehlender Würdigung des Ehrenamtes und des freiwilligen Engagements
14	Straffällige sollten während einer Haftstrafe, zur Ableistung von Schadensersatz an ihre Opfer, generell zur Arbeit gezwungen werden.	GG Artikel 12 Absatz 1-3
15	Deutschland sollte Wirtschaftsbeziehungen zu Staaten auflösen, in denen es nachweislich und wiederholt zu Menschenrechtsverletzungen kommt. Auch wenn das zum Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland führt.	GG Artikel 1 Absatz 1-3

Im Erhebungszeitraum 2023 wurde dem Erhebungsinstrument eine offene Frage hinzugefügt. Hierin sollten die Befragten angeben, welche politische Entscheidung der letzten Jahre, die Befragten persönlich besonders bedauern. Die Frage wurde in deduktiver Form inhaltsanalytisch ausgewertet. Die Kategorien zur Einordnung der Aussagen wurden gemeinsam mit der Auftraggeberin entwickelt.

3. Ergebnisse

Im Rahmen der Darstellung der Ergebnisse werden zunächst die allgemeinen Angaben zu den Merkmalen der Befragten dargestellt. Diese Betrachtungen erfolgen mit Blick auf Unterschiede zwischen den Erhebungszeiträumen 2022 und 2023. Anschließend werden die Bewertungen und Sichtweisen auf verschiedene politische und gesellschaftliche Aspekte dargelegt. Diese Ergebnisse werden jeweils anschließend vergleichend in Bezug auf die Merkmale Alter, Geschlecht, Schulabschluss und des Vorhandeneins von Kindern betrachtet. Dabei zeigt sich, dass die Gruppengröße sich vor allem bei den Vergleichen in Bezug auf den Schulabschluss und das Alter teilweise stark unterscheidet. Dementsprechend wurden die Ergebnisse bei zu großen Unterschieden in der Gruppengröße nicht näher betrachtet. Grundsätzlich wurden bei der Darstellung der Ergebnisse nur Daten für eine Gruppengröße ab fünf Personen dargestellt.

3.1 Merkmale der Befragten

Für das Jahr 2022 zeigt sich, dass Teilnehmende über das gesamte Altersspektrum hinweg in ähnlichem Ausmaß befragt werden konnten (vgl. Abbildung 1). Für die Erhebungen in 2023 kann festgestellt werden, dass mit der Befragung vor allem Personen im Alter von 28 bis 65 Jahren erreicht wurden.

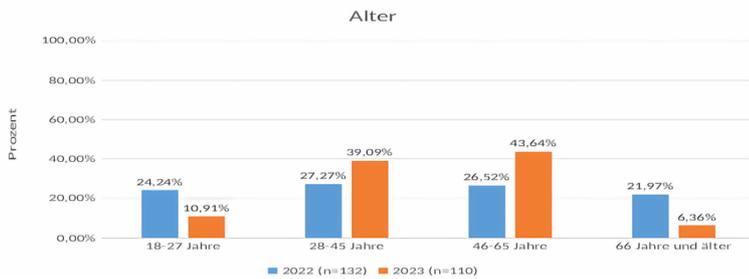


Abbildung 1: Alter der Befragten im Vergleich der Jahre 2022 und 2023

Die Geschlechterverteilung zeigt sich in beiden Erhebungszeiträumen weitgehend ausgeglichen (vgl. Abbildung 2). Es lassen sich nur leichte Unterschiede mit der Tendenz feststellen, dass im Erhebungszeitraum 2023 mehr weibliche Personen erreicht worden sind. Jedoch wird auch deutlich, dass insgesamt mehr Personen mit der Befragung erreicht worden sind, die sich als weiblich einstufen. Die Kategorie „divers“ wurde in beiden Jahren von keiner Person als Einordnungsmerkmal genutzt.

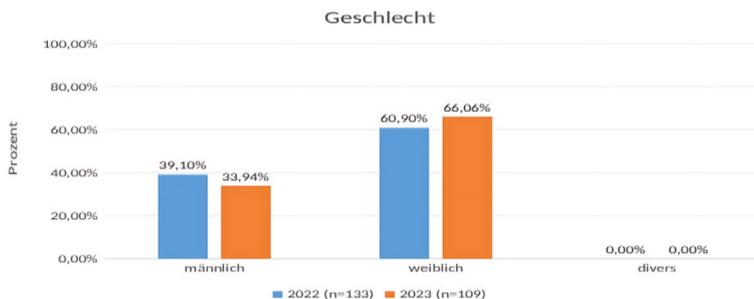


Abbildung 2: Geschlecht der Befragten im Vergleich der Jahre 2022 und 2023

Etwa drei Viertel der befragten Personen geben an, über die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife bzw. das Abitur zu verfügen (vgl. Abbildung 3). Personen ohne Schulabschluss bzw. mit einem Hauptschulabschluss sind nur in einem geringen Anteil in der Gruppe der Befragten vertreten. Unterschiede zwischen den Erhebungszeiträumen finden sich nur in einem geringeren Maße. So wurden im Jahr 2023 mehr Personen ohne Schulabschluss bzw. mit Realschulabschluss erreicht.

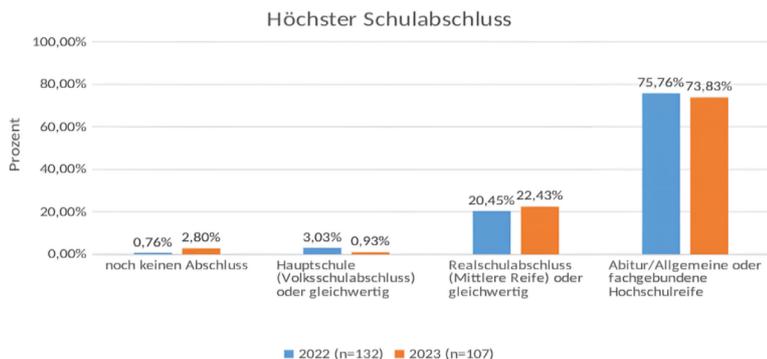


Abbildung 3: Höchster Schulabschluss der Befragten im Vergleich der Jahre 2022 und 2023

Ausgehend von dem höchsten Schulabschluss zeigt sich weiterhin, dass etwa zwei Drittel der Befragten ein Studium abgeschlossen haben (vgl. Abbildung 4). Etwa ein Viertel verfügt über eine Berufsausbildung und nur ein geringer Anteil von knapp sechs Prozent hat keinen beruflichen Abschluss. Mit Blick auf die Befragungszeiträume zeigt sich, dass in 2023 weniger Personen ohne Abschluss, jedoch mehr Personen mit einem Studium erreicht wurden.

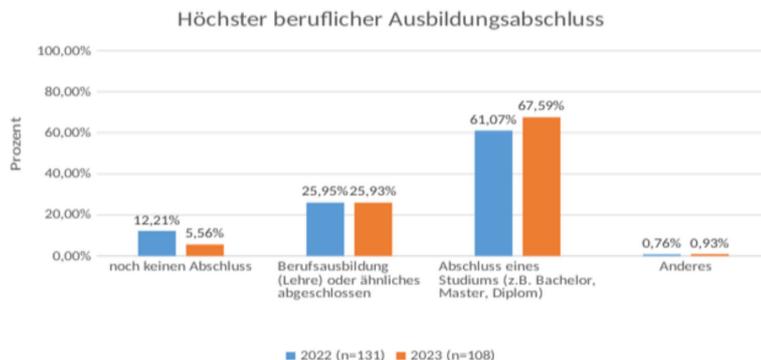


Abbildung 4: Höchster beruflicher Abschluss der Befragten im Vergleich der Jahre 2022 und 2023

Die Befragten machen Angaben zu ihrer derzeitigen beruflichen Beschäftigung. Hierbei kann festgestellt werden, dass ein Großteil der Befragten in einem Angestelltenverhältnis abhängig beschäftigt ist (vgl. Abbildung 5). Nur ein Anteil von bis zu zehn Prozent ist selbstständig und nur ein sehr geringer Anteil ohne berufliche Beschäftigung. Wiederum geben bis zu 33 Prozent der Befragten im Jahr 2022 an, dass sie in anderer Form tätig sind.

Im Vergleich der Erhebungszeiträume zeigt sich, dass im Jahr 2023 mehr Personen in einem Angestelltenverhältnis tätig waren. Zudem weist die Befragtengruppe in diesem Zeitraum weniger Selbstständige auf. Der Anteil von Personen, die anderweitig beschäftigt sind, reduziert sich auf 13 Prozent.

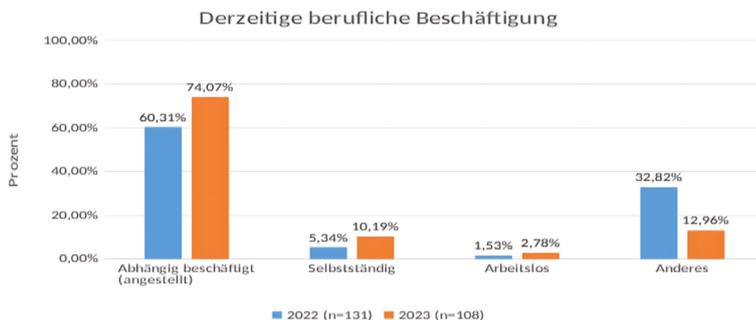


Abbildung 5: Aktuelle berufliche Situation der Befragten im Vergleich der Jahre 2022 und 2023

Die Befragten sollten angeben, ob sie Kinder haben oder nicht. Hierbei zeigt sich, dass etwa zwei Drittel der Befragten Kinder erzieht (vgl. Abbildung 6). Der Anteil der Befragten mit und ohne Kinder ist über beide Erhebungszeiträume in etwa vergleichbar.

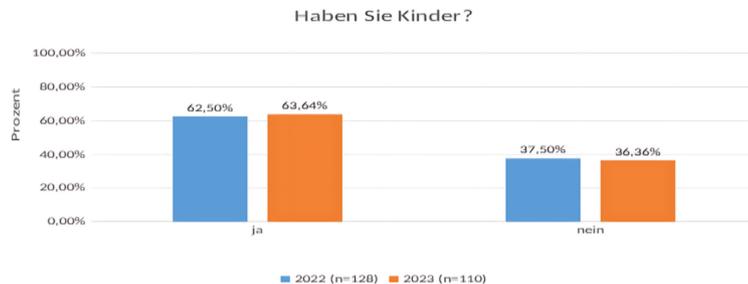


Abbildung 6: Kinder der Befragten im Vergleich der Jahre 2022 und 2023

In Bezug auf ihre Freizeit gibt ein Großteil der Befragten von bis zu 80 Prozent an, Mitglied in einer Organisation (z.B. einem Verein) zu sein (vgl. Abbildung 7). Verglichen nach den Erhebungszeiträumen zeigt sich, dass die Befragtengruppe in 2023 bis zu 16 Prozent weniger häufig angibt, Mitglied in einer Organisation zu sein

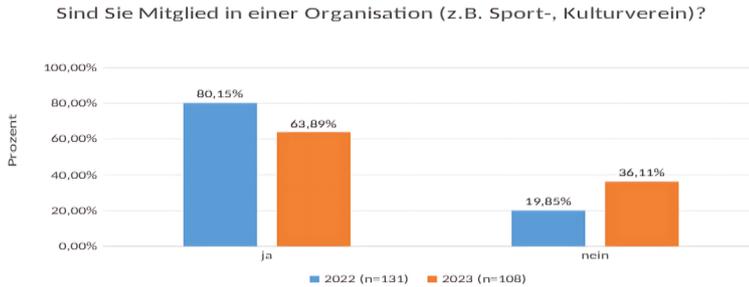


Abbildung 7: Vereinstätigkeit der Befragten im Vergleich der Jahre 2022 und 2023

Darüber hinaus wurden die Befragten gebeten, anzugeben, ob sie ehrenamtlich tätig sind. Hier zeigt sich ein ähnliches Bild (vgl. Abbildung 8). Ein Großteil der Befragten von bis zu 76 Prozent engagiert sich ehrenamtlich. In der Befragtengruppe aus 2023 zeigt sich jedoch auch, dass um etwa 15 Prozent weniger häufig angegeben wird, dass ein ehrenamtliches Engagement vorhanden ist.

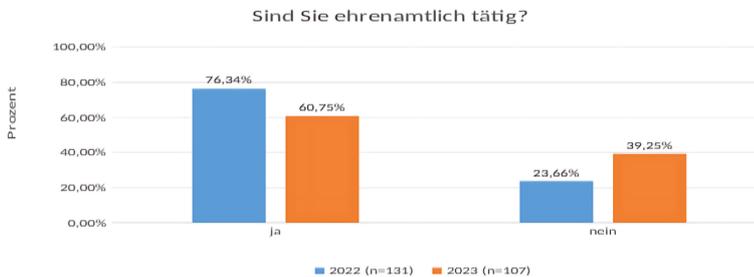


Abbildung 8: Ehrenamtliche Tätigkeit der Befragten im Vergleich der Jahre 2022 und 2023

3.2 Bewertung der eigenen Lebenssituation

Die Befragten wurden gebeten, verschiedene Aussagen zur privaten Situation sowie zur politischen und gesellschaftlichen Situation zu bewerten.

3.2.1 Bewertung der allgemeinen Lebenszufriedenheit

In Bezug auf die Frage, wie zufrieden die Befragten mit ihrer aktuellen Lebenssituation sind, gibt ein überwiegender Anteil an, eher zufriedener mit dem eigenen Leben zu sein (vgl. Abbildung 9). Der Mittelwert von 7,8 fällt in der Befragtengruppe im Erhebungszeitraum 2023 nur leicht höher aus.

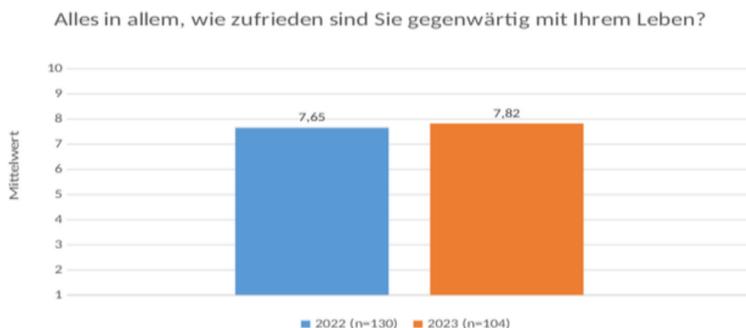


Abbildung 9: Bewertung Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation im Vergleich der Jahre 2022 und 2023

Verglichen nach den Altersgruppen zeigt sich, dass die Personen im Alter von 28 bis 45 Jahren im Jahr 2022 eine höhere Zufriedenheit angeben, als Personen aus den anderen Altersgruppen (vgl. Abbildung 10). Im Jahr 2022 weisen Personen, die 66 Jahre und älter sind, die geringsten Zufriedenheitswerte auf. Im Erhebungszeitraum 2023 sind es wiederum Personen im Alter von 18 bis 27 Jahren, die hier, gemeinsam mit den Personen von 46 bis 65 Jahren, höhere Zufriedenheitswerte aufweisen. Ein Vergleich der Personengruppe im Erhebungszeitraum 2023 kann aufgrund der geringen Anzahl nicht vorgenommen werden.

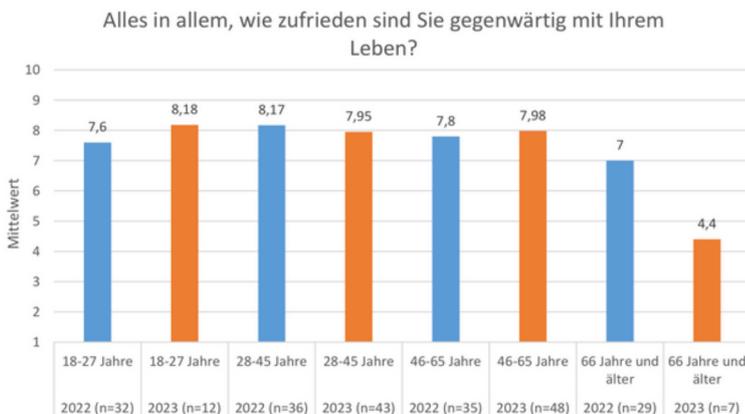


Abbildung 10: Bewertung Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation im Vergleich der Altersgruppen

Mit Blick auf das Merkmal Geschlecht zeigt sich für das Jahr 2022, dass die männlichen Befragten eine tendenziell höhere Zufriedenheit mit ihrer Lebenssituation aufweisen, als Frauen (vgl. Abbildung 11). Im Erhebungszeitraum 2023 zeigt sich dieser Unterschied noch stärker.



Abbildung 11: Bewertung Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation im Vergleich des Merkmals Geschlecht

Bezüglich des Hochschulabschlusses lassen sich nur die Personen mit Realschulabschluss und Abitur und aufgrund der unterschiedlich besetzten Gruppengrößen, auch nur eingeschränkt vergleichen (vgl. Abbildung 12). Es zeigt sich, dass die Mittelwerte der beiden Gruppen sich in 2022 kaum unterscheiden. Für den Erhebungszeitraum 2023 fallen die Zufriedenheitswerte der Personen mit Realschulabschluss positiver aus, als die Werte der Personengruppe mit Abitur.



Abbildung 12: Bewertung Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation im Vergleich des Schulabschlusses

In Bezug auf die Kindersituation der Befragten, lassen sich keine Unterschiede feststellen (vgl. Abbildung 13). Personen mit und ohne Kinder unterscheiden sich in den Zufriedenheitswerten in 2022 nur geringfügig und in der Form, dass der Mittelwert der Personen mit Kind leicht positiver ausfällt. Im Erhebungszeitraum 2023 sind dagegen gar keine Unterschiede feststellbar.



Abbildung 13: Bewertung Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation im Vergleich des Vorhandenseins von Kindern

3.2.2 Bewertung der eigenen finanziellen Situation

Konkreter wurden die Befragten gebeten anzugeben, wie zufrieden sie derzeit mit ihrer aktuellen finanziellen Situation sind. Es konnten dabei Angaben von unzufrieden (1) bis zufrieden (10) gemacht werden. Hier zeigt ein Vergleich der Mittelwerte, dass die Befragten ihre finanzielle Situation eher im mittleren bis eher zufriedenerem Bereich einordnen (vgl. Abbildung 14). Im Vergleich der beiden Erhebungszeiträume zeigt sich, dass die Zufriedenheit nur in einem sehr geringen Umfang voneinander abweicht.

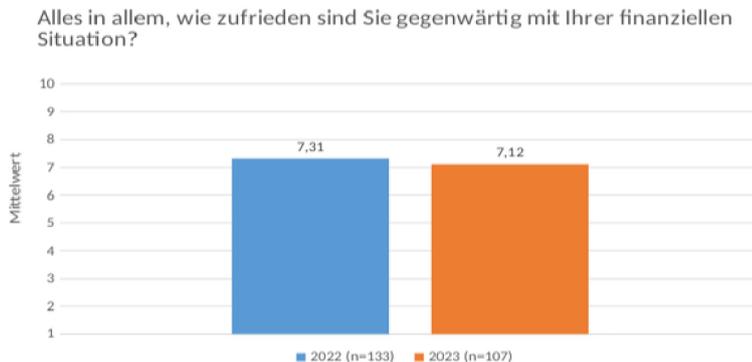


Abbildung 14: Zufriedenheit der Befragten mit ihrer finanziellen Situation im Vergleich der Jahre -n2022 und 2023

Verglichen nach den Altersgruppen zeigt sich, dass die Befragten im Erhebungszeitraum 2022 im Alter von 28 bis 65 Jahren eine tendenziell höhere Zufriedenheit mit ihrer finanziellen Situationen aufweisen (vgl. Abbildung 15). Im Jahr 2023 sind es vor allem die Personen aus dem Altersbereich von 46 bis 65 Jahren.

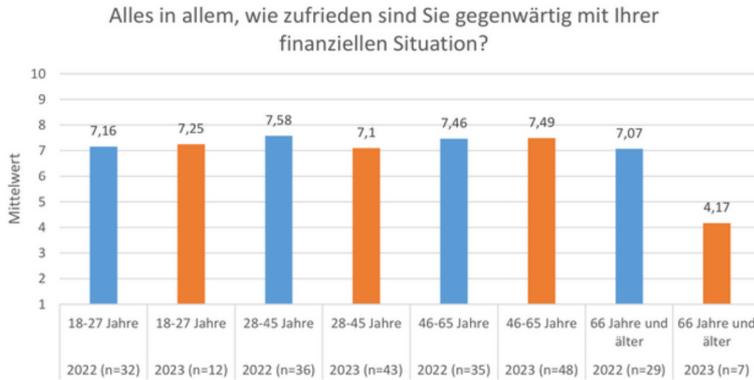


Abbildung 15: Zufriedenheit der Befragten mit ihrer finanziellen Situation im Vergleich der Altersgruppen

Mit Blick auf das Merkmal Geschlecht kann festgestellt werden, dass die männlichen Befragten eine höhere Zufriedenheit mit ihrer finanziellen Situation angeben als die weiblichen Befragten (vgl. Abbildung 16). Weiterhin lässt sich feststellen, dass die Zufriedenheit der Befragten im Erhebungszeitraum 2023 geringer und bei den Frauen sehr viel geringer ausfällt.



Abbildung 16: Zufriedenheit der Befragten mit ihrer finanziellen Situation im Vergleich des Merkmals Geschlecht

Bezüglich des Schulabschlusses lässt sich feststellen, dass die Anzahl der Befragten ohne einen Abschluss bzw. mit einem Hauptschulabschluss zu gering ausfallen, um einen ergiebig zu ziehen (vgl. Abbildung 17). Auch die Gruppengröße der Personen mit Realschulabschluss und Abitur unterscheidet sich in den Jahren 2022 und 2023 stark. Der höhere Mittelwert der Zufriedenheit der Personengruppe mit Abitur im Jahr 2022 ist daher mit Vorsicht zu betrachten. Im Erhebungszeitraum 2023 zeigen sich keine Unterschiede in der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation in den beiden Gruppen.

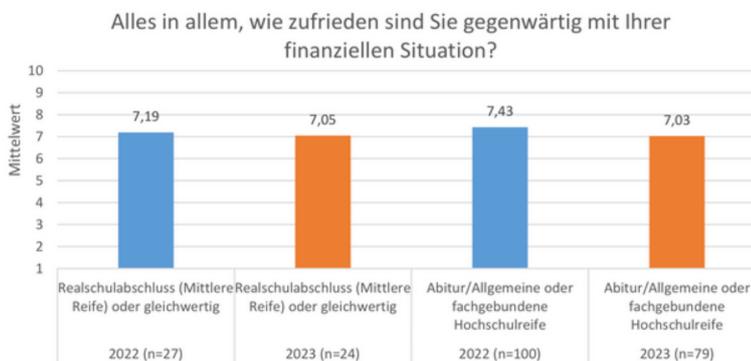


Abbildung 17: Zufriedenheit der Befragten mit ihrer finanziellen Situation im Vergleich des Schulabschlusses

Die finanzielle Situation von Personen mit Kindern wird im Erhebungszeitraum 2022 noch etwas positiver im Vergleich zu den Personen ohne Kinder und im Vergleich zum Erhebungszeitraum 2023 eingeschätzt (vgl. Abbildung 18). Im Jahr 2023 lassen sich keine bedeutsamen Unterschiede in den Befragtengruppen hinsichtlich ihrer Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation finden.



Abbildung 18: Zufriedenheit der Befragten mit ihrer finanziellen Situation im Vergleich des Vorhandenseins von Kindern

3.3 Bewertungen und Sichtweisen der Befragten zu politischen und gesellschaftlichen Aspekten

3.3.1 Bewertung der Fürsorge Deutschlands

Der Aussage, dass es Länder gibt, die sich besser um ihre Bürger kümmern würden, als Deutschland, stimmen im Erhebungszeitraum 2022 54 Prozent der Befragten zu (vgl. Abbildung 19). Im Jahr 2023 sind es dagegen knapp 76 Prozent.

Es gibt Länder, die sich besser um ihre Bürger kümmern als Deutschland.

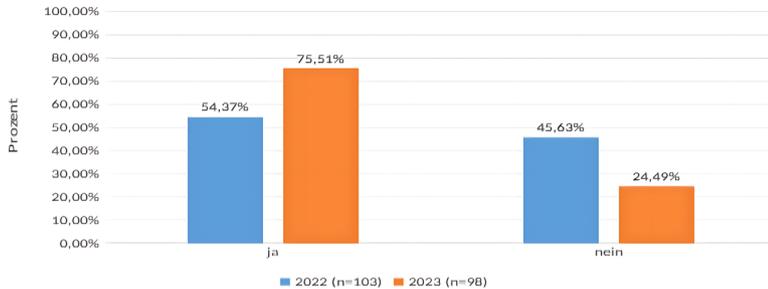


Abbildung 19: Bewertung der Fürsorge Deutschlands im Vergleich der Jahre 2022 und 2023

Mit Blick auf die Altersgruppen zeigt sich für das Jahr 2022, dass dieser Aussage Personen im Alter zwischen 18 und 27 Jahren häufiger zustimmen (vgl. Abbildung 20). Die größte Unsicherheit in Bezug auf diese Aussage scheinen die befragten Personen in 2022, die 66 Jahre und älter sind, zu haben. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Personen, die im Jahr 2023 befragt wurden, dieser Aussage häufiger zustimmen. Der größte Unterschied lässt sich dabei für die Altersgruppe von 28 bis 45 Jahren feststellen. Ausgenommen von diesem Vergleich sind die Personen, die 66 Jahre und älter sind und im Erhebungszeitraum 2023 befragt wurden.



Es gibt Länder, die sich besser um ihre Bürger kümmern als Deutschland.

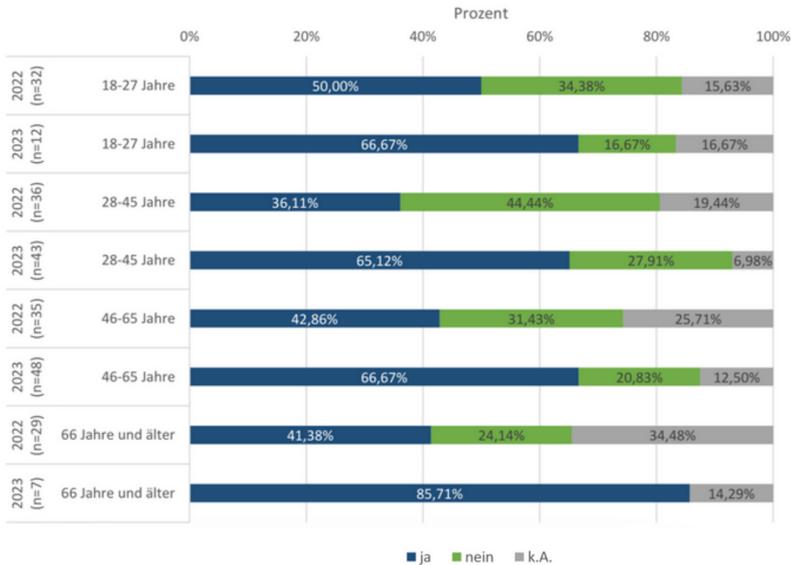


Abbildung 20: Bewertung der Fürsorge Deutschlands im Vergleich der Altersgruppen

Mit Blick auf das Merkmal Geschlecht zeigt sich, dass die weiblichen Befragten der Aussage häufiger zustimmen als die Männer (vgl. Abbildung 21). Im Erhebungszeitraum stimmen sowohl Männer als auch Frauen der Aussage häufiger zu. Dabei sind es mehr als zwei Drittel der Personen, die dieser Aussage zustimmen.

Es gibt Länder, die sich besser um ihre Bürger kümmern als Deutschland.

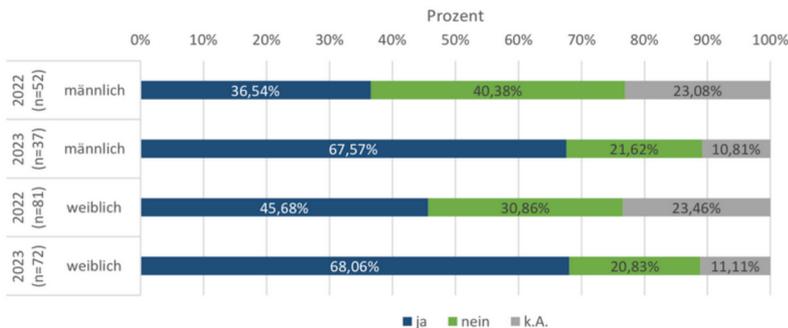


Abbildung 21: Bewertung der Fürsorge Deutschlands im Vergleich des Merkmals Geschlecht

Mit Blick auf den Schulabschluss zeigt sich, dass Befragte mit Abitur der Aussage häufiger zustimmen als Personen mit Realschulabschluss (vgl. Abbildung 22). Die Zustimmungen beider Gruppen fallen im Erhebungszeitraum 2023 stärker aus und gleichen sich bei etwa 70 Prozent Zustimmung an.

Es gibt Länder, die sich besser um ihre Bürger kümmern als Deutschland.

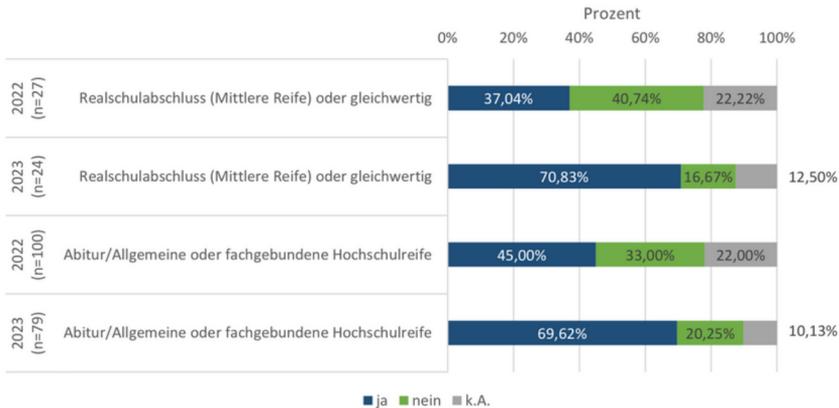


Abbildung 22: Bewertung der Fürsorge Deutschlands im Vergleich des Schulabschlusses

Mit Blick auf das Vorhandensein von Kindern zeigt sich, dass im Erhebungszeitraum 2022 Personen ohne Kinder der Aussage, dass es andere Länder gibt, die sich besser um ihre Bürger kümmern würden als Deutschland, häufiger zustimmen (vgl. Abbildung 23). Im Erhebungszeitraum lässt sich dagegen ein anderes Bild finden. Hier sind es die Personen mit Kind, die dieser Aussage häufiger zustimmen.

Es gibt Länder, die sich besser um ihre Bürger kümmern als Deutschland.

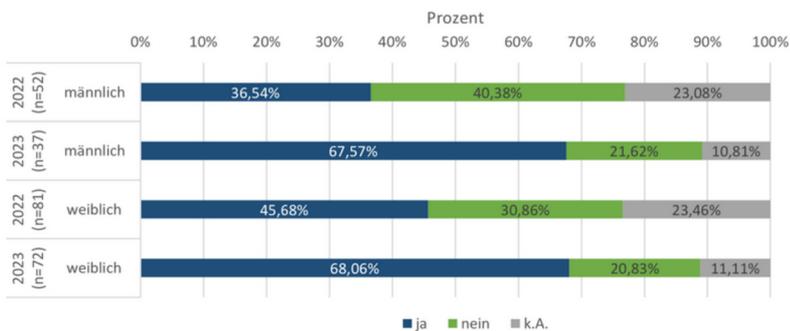


Abbildung 23: Bewertung der Fürsorge Deutschlands im Vergleich des Vorhandenseins von Kindern

3.3.2 Bewertung der Zensur in den Medien

Der Aussage, dass private Fernseh- oder Radiosender weniger zensiert seien, als öffentliche Medien stimmen im Erhebungszeitraum 2022 etwa 35 Prozent der Befragten zu (vgl. Abbildung 24). Im Jahr 2023 fällt die Zustimmung mit knapp 28 Prozent geringer aus.

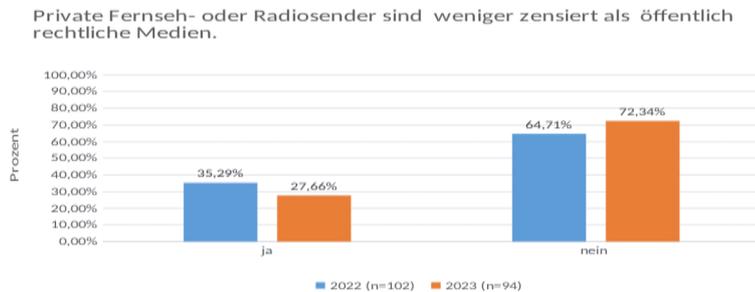


Abbildung 24: Bewertung der Zensur in den Medien im Vergleich der Jahre 2022 und 2023

Im Vergleich der Altersgruppen zeigt sich, dass im Erhebungszeitraum 2022 Personen, die 66 Jahre und älter sind, der Aussage am häufigsten zustimmen (vgl. Abbildung 25). Die geringste Zustimmung erhält diese Aussage von der Altersgruppe der 28-45-Jährigen. Die Erhebungen im Jahr 2023 zeigen ein leicht anderes Bild. In diesem Erhebungszeitraum fällt die Zustimmung der 18-27-Jährigen am geringsten und auch sehr viel geringer aus im Vorjahr aus. Bei den Altersgruppen der 28-45-Jährigen und der 46-65-Jährigen zeigt sich eine höhere Zustimmung zu der Aussage im Erhebungszeitraum 2023. Bei letzterer Altersgruppe steigt die Zustimmung im Vergleich der Jahre stärker an.

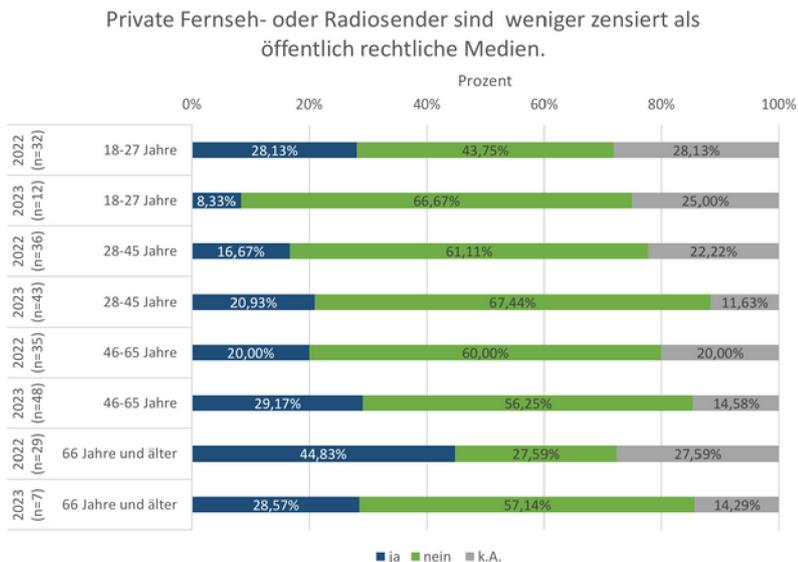


Abbildung 25: Bewertung der Zensur in den Medien im Vergleich der Altersgruppen

Mit Blick auf das Merkmal Geschlecht zeigt sich, dass ein Viertel der Befragten beider Gruppen der Aussage im Erhebungsjahr 2022 zustimmen (vgl. Abbildung 26). Im Erhebungsjahr 2023 fällt dagegen die Zustimmung der männlichen Befragten höher aus. Die Zustimmungshäufigkeit der Frauen sinkt in diesem Erhebungszeitraum.

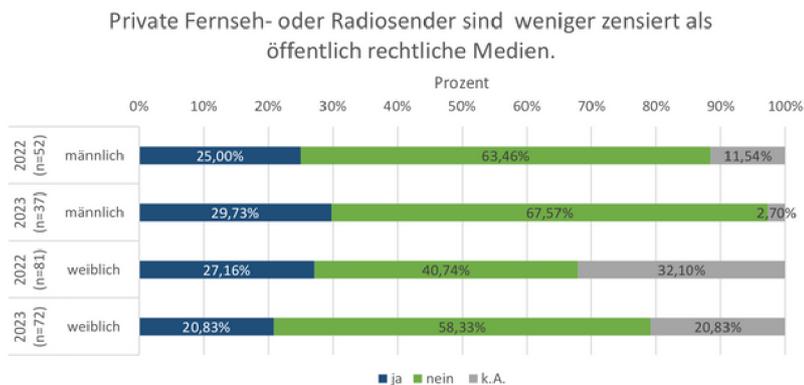


Abbildung 26: Bewertung der Zensur in den Medien im Vergleich des Merkmals Geschlecht

Der Vergleich nach den Schulabschlüssen zeigt, dass die Zustimmung der Personen mit einem Realschulabschluss insgesamt höher ausfällt als die derjenigen mit Abitur (vgl. Abbildung 27). Während im Vergleich der Erhebungsjahre die Zustimmung der Personen mit Realschulabschluss relativ konstant bleibt, fällt die Zustimmung der Befragten mit Abitur im Erhebungszeitraum 2023 geringer aus.

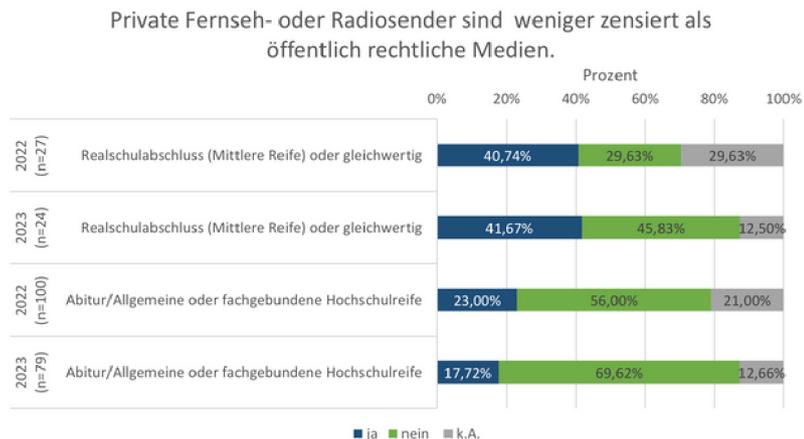


Abbildung 27: Bewertung der Zensur in den Medien im Vergleich des Schulabschlusses

Werden Personen mit und ohne Kinder mit Blick auf die Bewertung dieser Aussage vergleichend gegenübergestellt, zeigt sich, dass die Zustimmung der Personen mit Kind zu dieser Aussage höher ausfällt (vgl. Abbildung 28). In beiden Befragtengruppen zeigt sich über den Vergleich der Erhebungszeiträume jedoch auch, dass die Zustimmung im Jahr 2023 bei beiden Gruppen geringer ausfällt.

Private Fernseh- oder Radiosender sind weniger zensiert als öffentlich rechtliche Medien.

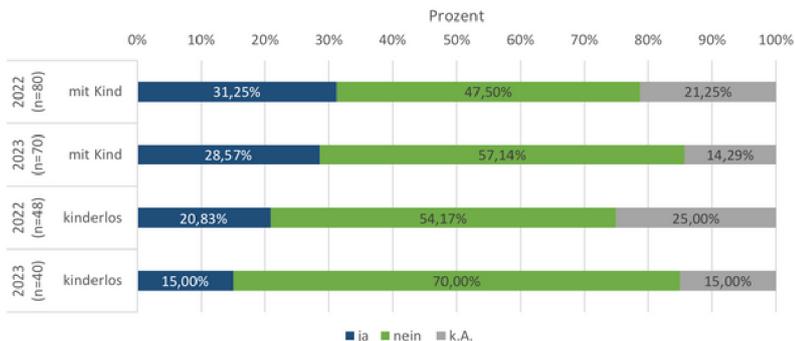


Abbildung 28: Bewertung der Zensur in den Medien im Vergleich des Vorhandenseins von Kindern

3.3.3 Bewertung eines verpflichtenden Wehr- und Zivildienstes

Der Aussage, dass es einen verpflichtenden Dienst, wie z.B. Wehr- und Zivildienst für alle Staatsangehörigen geben sollte, stimmen im Erhebungszeitraum 2022 mit knapp 57 Prozent mehr Personen zu, als im Jahr 2023 (vgl. Abbildung 29). In diesem Jahr stimmen deutlich weniger der Befragten dieser Aussage zu.

Es sollte einen verpflichtenden Dienst wie z.B. Wehr- oder Zivildienst für alle Staatsangehörigen geben.

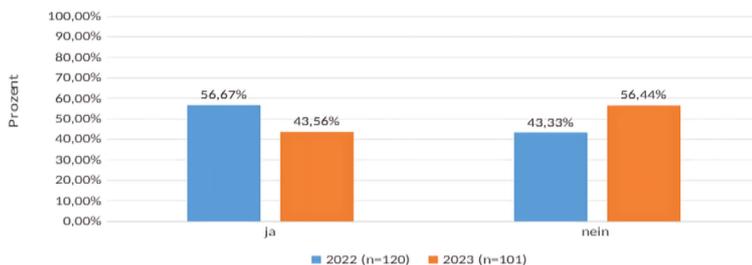


Abbildung 29: Bewertung eines verpflichtenden Wehr- und Zivildienstes im Vergleich der Jahre 2022 und 2023

Mit Blick auf die Altersgruppen zeigt sich, dass im Jahr 2022 drei Viertel der Personen, die 66 Jahre und älter sind dieser Aussage zu (vgl. Abbildung 30). Auch mehr als zwei Drittel der 46-65-Jährigen stimmen der Aussage zustimmen. Die geringste Zustimmung erhält die Aussage von den 18-27-Jährigen. Im Vergleich zum Erhebungszeitraum 2023 zeigt sich, dass die Zustimmung der 18-27-Jährigen etwas höher ausfällt, während die Zustimmung der 45-65-Jährigen um etwa 18 Prozent geringer ausfällt.

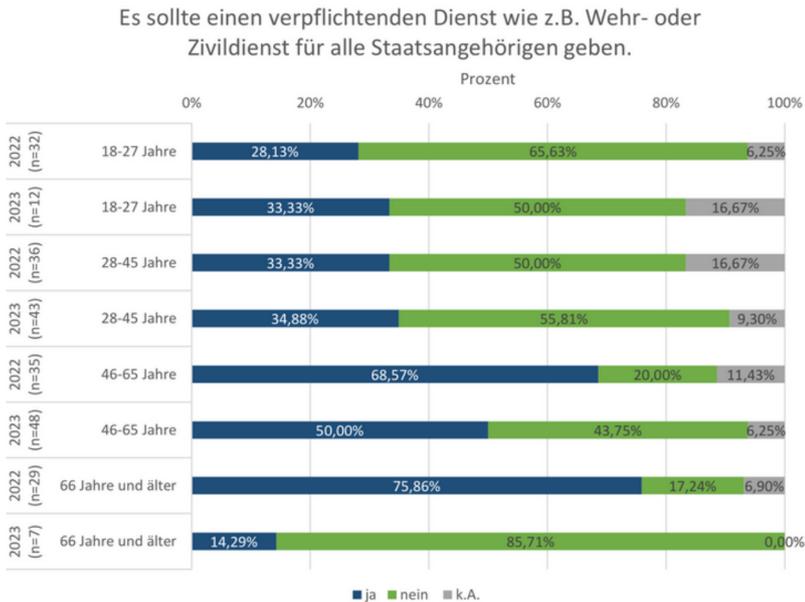


Abbildung 30: Bewertung eines verpflichtenden Wehr- und Zivildienstes im Vergleich der Altersgruppen

Mit Blick auf das Merkmal Geschlecht zeigt sich, dass die männlichen Befragten im Erhebungszeitraum 2022 der Aussage häufiger zustimmen als die weiblichen Befragten (vgl. Abbildung 31). Im Jahr 2023 fallen die Zustimmungswerte beider Gruppen geringer aus und gleichen sich auf etwa 40 Prozent an.

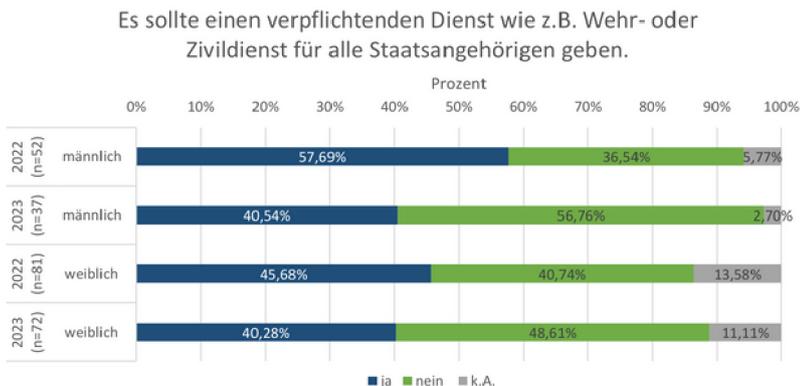


Abbildung 31: Bewertung eines verpflichtenden Wehr- und Zivildienstes im Vergleich des Merkmals Geschlecht

Hinsichtlich des Schulabschlusses lassen sich aufgrund der Gruppengröße nur vorsichtige Hinweise aus dem Gruppenvergleich ableiten. Hier zeigt sich, dass die befragten Personen mit Realschulabschluss der Aussage, dass es einen verpflichtenden Dienst für alle Staatsangehörigen geben sollte, häufiger zustimmen, als Personen mit einem Abitur (vgl. Abbildung 32). Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass in beiden Gruppen die Zustimmung im Erhebungsjahr 2023 geringer ausfällt.

Es sollte einen verpflichtenden Dienst wie z.B. Wehr- oder Zivildienst für alle Staatsangehörigen geben.

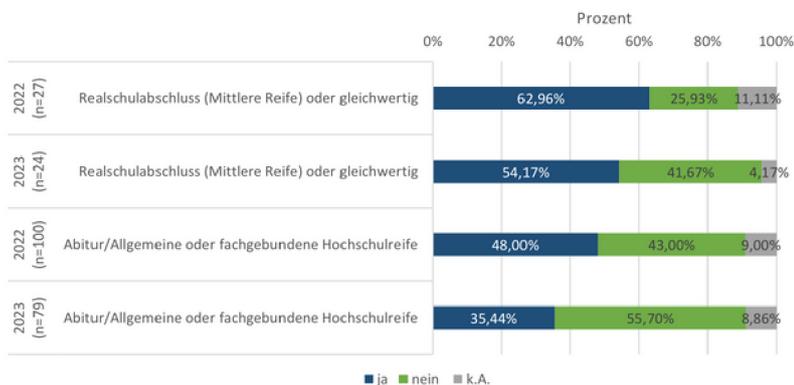


Abbildung 32: Bewertung eines verpflichtenden Wehr- und Zivildienstes im Vergleich des Schulabschlusses

Werden Personen mit und ohne Kinder miteinander verglichen, zeigt sich, dass Personen mit Kind dieser Aussage zu mehr als zwei Drittel und damit häufiger zustimmen als Personen ohne Kind (vgl. Abbildung 33). Es kann jedoch auch festgestellt werden, dass die Zustimmung der Personen mit Kind im Erhebungszeitraum 2023 um knapp 21 Prozent geringer ausfällt.

Es sollte einen verpflichtenden Dienst wie z.B. Wehr- oder Zivildienst für alle Staatsangehörigen geben.

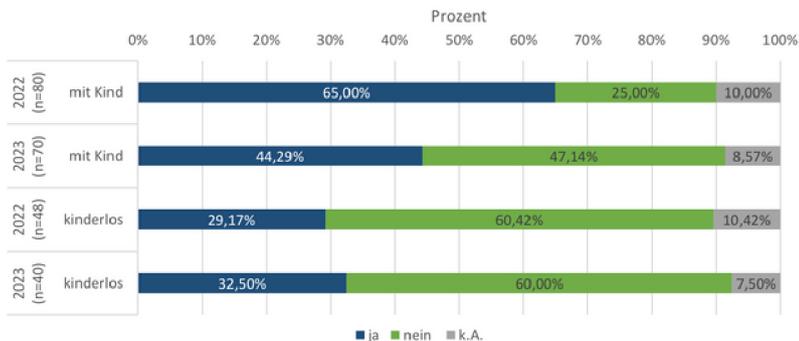


Abbildung 33: Bewertung eines verpflichtenden Wehr- und Zivildienstes im Vergleich des Vorhandenseins von Kindern

3.3.4 Bewertung einer Zusatzrente für engagierte BürgerInnen

Der Aussage, dass Menschen, die sich gesellschaftlich engagieren eine staatliche Zusatzrente erhalten sollten, stimmen im Erhebungsjahr 2022 deutlich weniger Personen zu als im Jahr 2023 (vgl. Abbildung 34). Im Jahr 2023 erhält diese Aussage von knapp 80 Prozent der Befragten eine Zustimmung.

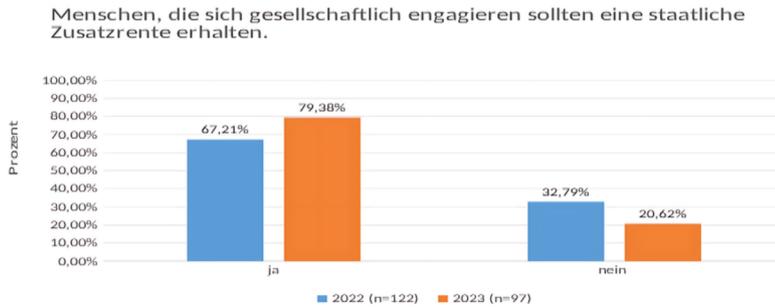


Abbildung 34: Bewertung einer Zusatzrente für engagierte Bürger im Vergleich der Jahre 2022 und 2023

Im Vergleich der Altersgruppen zeigt sich für den Erhebungszeitraum 2022, dass dieser Aussage vor allem die 18-27-Jährigen mit knapp 72 Prozent besonders häufig zustimmen (vgl. Abbildung 35). Die geringste Zustimmung erhält die Aussage von den Personen, die 66 Jahre oder älter sind. Für das Jahr 2023 können aufgrund der Gruppengrößen nur die 28-45-Jährigen und die 46-65-Jährigen in den Vergleich einbezogen werden. Hier zeigt sich, dass in beiden Gruppen die Zustimmung zu der Aussage höher ausfällt.

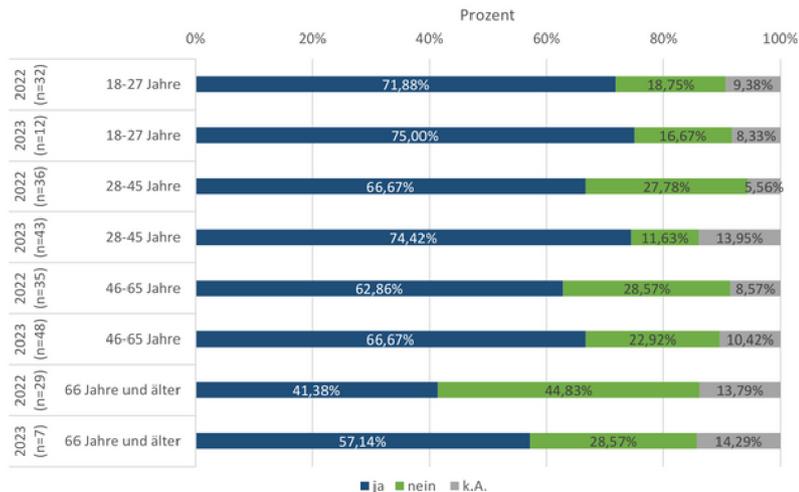


Abbildung 35: Bewertung einer Zusatzrente für engagierte Bürger im Vergleich der Altersgruppen

Mit Blick auf das Merkmal Geschlecht lässt sich feststellen, dass die weiblichen Personen vergleichsweise häufiger der Aussage zustimmen, dass Menschen für ihr Engagement eine Zusatzrente erhalten sollten, als die männlichen Befragten (vgl. Abbildung 36). In beiden Fällen liegt die Zustimmung zu der Aussage jedoch bei über 50 Prozent. Weiterhin lässt sich feststellen, dass beide Geschlechtergruppen der Aussage im Erhebungszeitraum 2023 häufiger zustimmen. Hier liegt die Zustimmung der weiblichen Befragten bei knapp 74 Prozent.

Menschen, die sich gesellschaftlich engagieren sollten eine staatliche Zusatzrente erhalten.

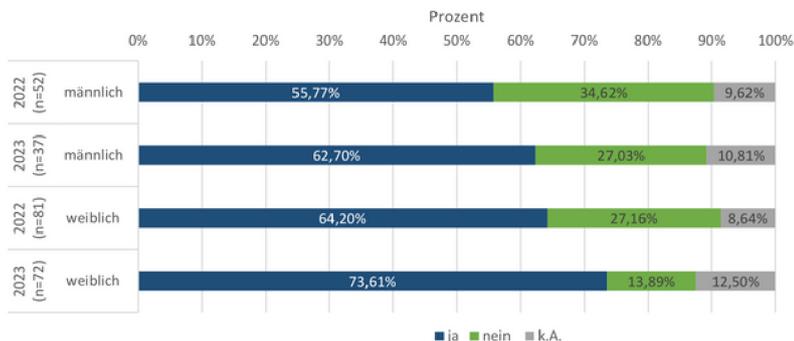


Abbildung 36: Bewertung einer Zusatzrente für engagierte Bürger im Vergleich des Merkmals Geschlecht

Verglichen nach dem Schulabschluss zeigt sich, dass die Zustimmungen der Personen mit Realschulabschluss bzw. derjenigen mit Abitur zwischen 60 bis 71 Prozent liegt (vgl. Abbildung 37). Im Vergleich der Gruppen fällt die Zustimmung sehr ähnlich aus. Weiterhin zeigt sich für beide Gruppen ein Anstieg in der Häufigkeit der Zustimmung im Jahr 2023.

Menschen, die sich gesellschaftlich engagieren sollten eine staatliche Zusatzrente erhalten.

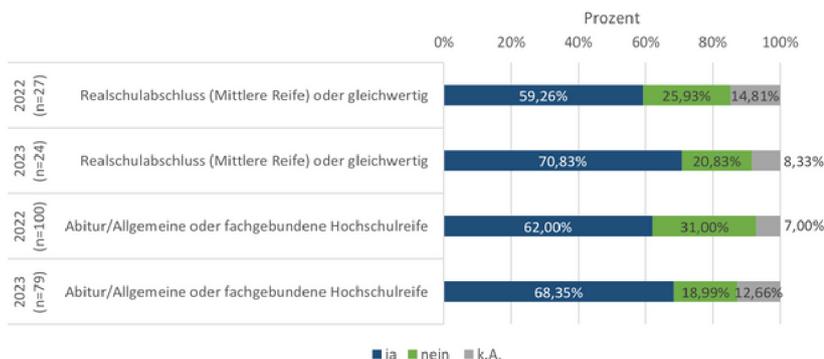


Abbildung 37: Bewertung einer Zusatzrente für engagierte Bürger im Vergleich des Schulabschlusses

Personen ohne Kinder stimmen häufiger zu, dass engagierte Menschen eine Zusatzrente erhalten sollten (vgl. Abbildung 38). Diese Tendenz zur Zustimmung ist im Erhebungszeitraum 2023 sogar noch höher ausgeprägt. Hier stimmen der Aussage sogar 80 Prozent der Befragten ohne Kinder zu.

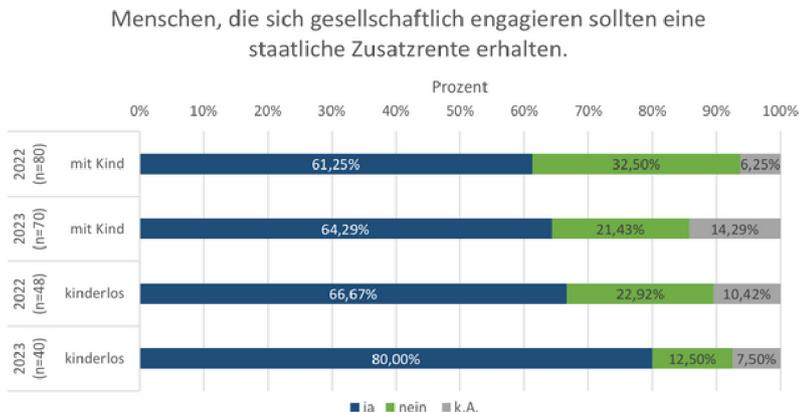


Abbildung 38: Bewertung einer Zusatzrente für engagierte Bürger im Vergleich des Vorhandenseins von Kindern

3.3.5 Bewertung der Ausweitung des Arbeitszwangs für Gefangene

Die Teilnehmenden sollten innerhalb der Befragung eine Bewertung dazu abgeben, ob straffällige Personen während einer Haftstrafe zur Ableistung von Schadensersatz zur Arbeit gezwungen werden sollten. Verglichen nach den Erhebungszeiträumen zeigt sich, dass dieser Aussage im Jahr 2022 knapp 60 Prozent der Befragten zustimmen (vgl. Abbildung 39). Im Jahr 2023 fällt die Zustimmung mit 50 Prozent dagegen geringer aus.

Straffällige sollten während einer Haftstrafe, zur Ableistung von Schadensersatz an ihre Opfer, generell zur Arbeit gezwungen werden.

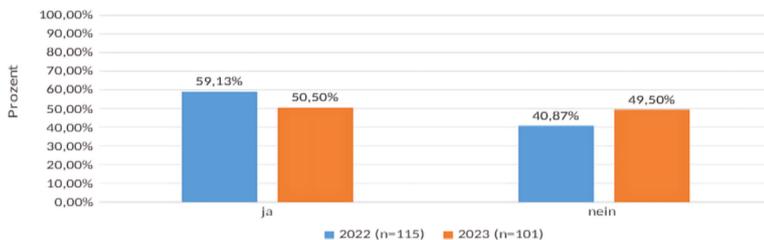


Abbildung 39: Bewertung der verpflichtenden Ableistung von Arbeitsstunden im Vergleich der Jahre 2022 und 2023

Verglichen nach den Altersgruppen zeigt sich, dass Personen, die 66 Jahre oder älter sind, der Aussage deutlich häufiger zustimmen (vgl. Abbildung 40). Am geringsten fällt die Zustimmung in der Altersgruppe der 18-27-Jährigen im Jahr 2022 aus. Jedoch zeigt sich in dieser Gruppe für das Jahr 2023 eine deutlich höhere Zustimmung. Dagegen fällt die Zustimmung der 46- bis 65-Jährigen in diesem Erhebungszeitraum geringer aus.

Straffällige sollten während einer Haftstrafe, zur Ableistung von Schadensersatz an ihre Opfer, generell zur Arbeit gezwungen werden.

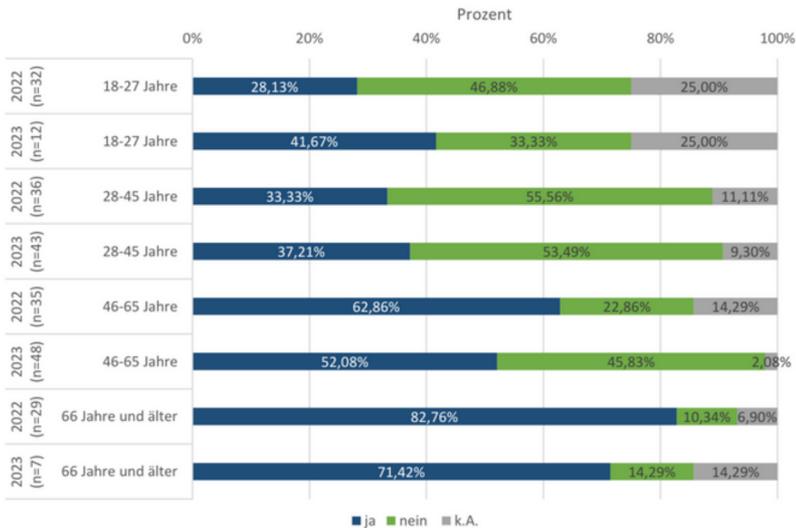


Abbildung 40: Bewertung der verpflichtenden Ableistung von Arbeitsstunden im Vergleich der Altersgruppen

Bezogen auf das Merkmal Geschlecht lässt sich feststellen, dass die männlichen Befragten im Erhebungszeitraum 2022 mit 48 Prozent ähnlich häufig der Aussage zustimmen, wie die weiblichen Befragten (vgl. Abbildung 41). Im Erhebungszeitraum 2023 fällt die Zustimmung der männlichen Befragten jedoch geringer aus, während die der weiblichen Befragten nur marginal geringer ausfällt.

Straffällige sollten während einer Haftstrafe, zur Ableistung von Schadensersatz an ihre Opfer, generell zur Arbeit gezwungen werden.

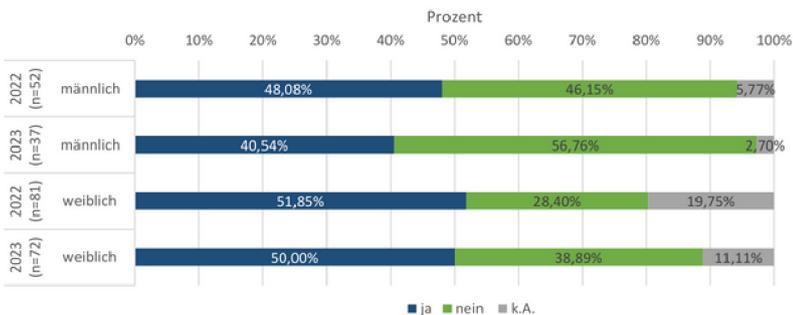


Abbildung 41: Bewertung der verpflichtenden Ableistung von Arbeitsstunden im Vergleich des Merkmals Geschlecht

Mit Blick auf den Schulabschluss stimmen die Befragten mit einem Realschulabschluss der Aussage in einem höheren Ausmaß zu (vgl. Abbildung 42). Jedoch lässt sich auch feststellen, dass die Zustimmung dieser Personengruppe im Erhebungszeitraum 2023 geringer ausfällt. Dagegen bleibt die Zustimmung der Personen mit Abitur zu der Aussage mit 44 bis 46 Prozent auf einem gleichen Niveau.

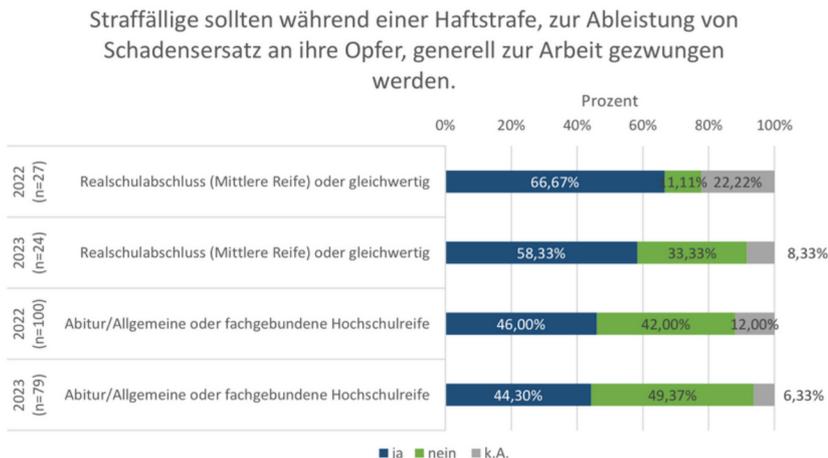


Abbildung 42: Bewertung der verpflichtenden Ableistung von Arbeitsstunden im Vergleich des Schulabschlusses

Die Zustimmungen der Personen mit und ohne Kind fallen in Bezug auf diese Aussage unterschiedlich aus (vgl. Abbildung 43). Dabei stimmen die Personen mit Kind der Aussage mit knapp 63 Prozent zu. Bei den Personen ohne Kind sind es dagegen nur 29 Prozent. Jedoch lässt sich auch feststellen, dass die Zustimmung der Befragten mit Kind im Erhebungszeitraum 2023 deutlich geringer ausfällt. Dagegen steigt der Anteil der Zustimmung der Befragten ohne Kind, aber nur marginal.

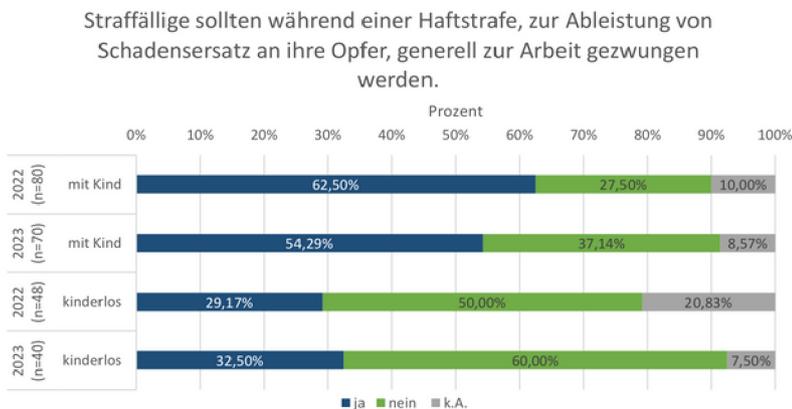


Abbildung 43: Bewertung der verpflichtenden Ableistung von Arbeitsstunden im Vergleich des Vorhandenseins von Kindern

3.3.6 Bewertung des Umgangs Deutschlands mit anderen Staaten

Innerhalb der Befragung sollte die Aussage bewertet werden, dass Deutschland seine Wirtschaftsbeziehungen zu Staaten auflösen sollte, in denen Menschenrechtsverletzungen stattfinden. Hierbei zeigt sich, dass im Erhebungszeitraum 2022 etwa 50 Prozent der Befragten dieser Aussage zustimmen (vgl. Abbildung 44). Im Jahr 2023 fällt die Zustimmung mit knapp 71 Prozent deutlich höher aus.

Deutschland sollte Wirtschaftsbeziehungen zu Staaten auflösen, in denen es nachweislich und wiederholt zu Menschenrechtsverletzungen kommt. Auch wenn das zum Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland führt.

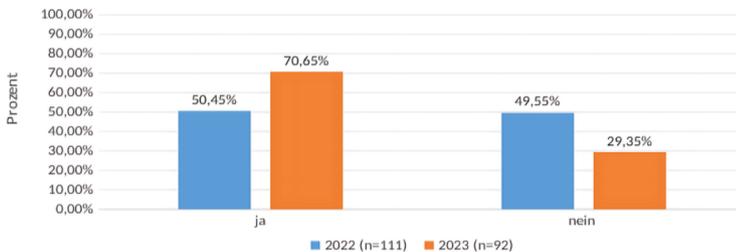


Abbildung 44: Bewertung des Umgangs mit anderen Staaten im Vergleich der Jahre 2022 und 2023

Im Vergleich der Altersgruppen zeigt sich, dass die Zustimmung zu dieser Aussage bei den 18- bis 27-Jährigen im Erhebungszeitraum 2022 mit 53 Prozent am höchsten ausfällt (vgl. Abbildung 45). Den geringsten Anteil an Zustimmungen erhält die Aussage von den Personen, die 66 Jahre oder älter sind. Im Vergleich der Erhebungsjahre nach den Altersgruppen fällt auf, dass bei den 28- bis 45-Jährigen die Zustimmung im Jahr 2023 um mehr als 37 Prozent ansteigt. Auch bei den 46- bis 65-Jährigen ist ein Anstieg der Zustimmungen von 40 auf 53 Prozent zu verzeichnen.



Deutschland sollte Wirtschaftsbeziehungen zu Staaten auflösen,
in denen es nachweislich und wiederholt zu
Menschenrechtsverletzungen kommt. Auch wenn das zum
Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland führt.

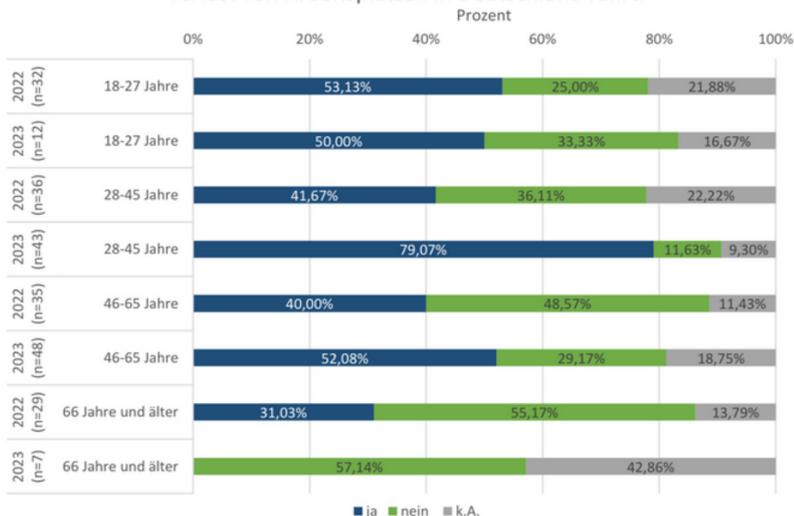


Abbildung 45: Bewertung des Umgangs mit anderen Staaten im Vergleich der Altersgruppen

Mit Blick auf das Geschlecht zeigt sich für beide Erhebungszeiträume eine höhere Zustimmung der weiblichen im Vergleich zu den männlichen Befragten (vgl. Abbildung 46). Die jeweiligen Zustimmungswerte fallen dabei im Jahr 2023 noch mal deutlich höher aus.

Deutschland sollte Wirtschaftsbeziehungen zu Staaten
auflösen, in denen es nachweislich und wiederholt zu
Menschenrechtsverletzungen kommt. Auch wenn das zum
Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland führt.

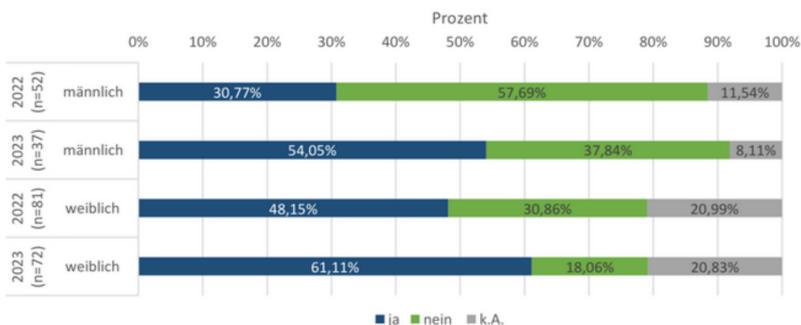


Abbildung 46: Bewertung des Umgangs mit anderen Staaten im Vergleich des Merkmals Geschlecht

Verglichen nach dem Schulabschluss zeigt sich, dass die Zustimmungen in beiden Gruppen im Jahr 2022 sehr ähnlich ausfallen (vgl. Abbildung 47). In beiden Gruppen ist jedoch auch ein Anstieg der Zustimmungen im Jahr 2023 zu verzeichnen. Dieser fällt mit mehr als 26 Prozent mehr Zustimmung bei der Personengruppe mit Realschulabschluss deutlich höher aus.

Deutschland sollte Wirtschaftsbeziehungen zu Staaten auflösen,
in denen es nachweislich und wiederholt zu
Menschenrechtsverletzungen kommt. Auch wenn das zum
Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland führt.

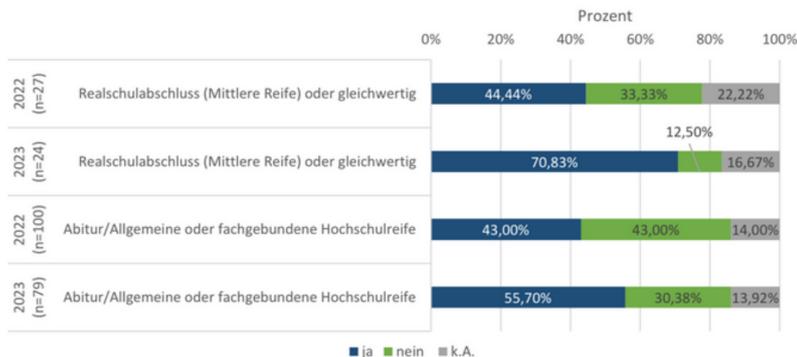


Abbildung 47: Bewertung des Umgangs mit anderen Staaten im Vergleich des Schulabschlusses

In ähnlicher Weise lässt sich feststellen, dass die Personen mit und ohne Kind im Jahr 2022 eine ähnliche Häufigkeit in der Zustimmung zu dieser Aussage aufweisen (vgl. Abbildung 48). Auch hier ist in beiden Gruppen ein Anstieg im Jahr 2023 zu verzeichnen. Dieser fällt in der Gruppe ohne Kinder deutlich höher aus.

Deutschland sollte Wirtschaftsbeziehungen zu Staaten auflösen,
in denen es nachweislich und wiederholt zu
Menschenrechtsverletzungen kommt. Auch wenn das zum
Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland führt.



Abbildung 48: Bewertung des Umgangs mit anderen Staaten im Vergleich des Vorhandenseins von Kindern

Im Erhebungsjahr 2023 wurde die Befragung durch eine offene Frage ergänzt. Hierbei sollten die Befragten angeben, welche politische Entscheidung der letzten Jahre sie besonders bedauern. Dabei handelt es sich um Nennungen, die teilweise mehrfach den Kategorien zugeordnet werden konnten. Die Tabelle 1 fasst die Ergebnisse zusammen. Dabei werden am häufigsten Entscheidungen bzw. Aspekte benannt, die sich auf den Umweltschutz beziehen. Acht Nennungen entfallen auf Entscheidungen in der Asylpolitik bzw. die Unzufriedenheit mit einzelnen Parteien und/oder PolitikerInnen. Ein Fünftel der Angaben bezieht sich auf die Außenpolitik auch im Zusammenhang mit Kriegshandlungen.

Tabelle 1: Stellungnahme der Befragten zu politischen Entscheidungen der letzten Jahre, die für sie bedauerenswert sind (Mehrfachnennungen)

Kategorie	Anzahl	Prozent
Wirtschaftspolitik	3	8.57%
Wirtschaftspolitik mit überwiegend regionalen Folgen	2	5.71%
Außenpolitik	7	20.00%
Außenpolitik im Zusammenhang mit Kriegshandlungen	7	20.00%
Justizpolitik	1	2.86%
Asylpolitik	8	22.86%
Verkehrspolitik	3	8.57%
Sozialpolitik	5	14.29%
Umweltschutz	11	31.43%
Innenpolitik und Verfassungsschutz	3	8.57%
Unzufriedenheit mit einzelnen Parteien und/oder PolitikerInnen	8	22.86%
Ablehnung der aktuellen Regierung	3	8.57%
Entscheidungen zum Nachteil des ländlichen Raumes	1	2.86%
Sonstiges	2	5.71%



4. Fazit und Empfehlungen

4.1 Merkmale der Befragten bzw. der Zielgruppe der Angebote des Programms

In den beiden Erhebungsjahren wurden die Altersgruppen unterschiedlich stark erreicht. Ein Grund dafür könnten Angebote sein, die vor allem im Erhebungsjahr eher die Personengruppen im Alter von 28–65 Jahre angesprochen haben. Es kann vermutet werden, dass die in der Befragung vorhandene Geschlechterverteilung auch auf die Gruppe der Teilnehmenden der Angebote übertragen werden kann. In diesem Fall überwiegen die weiblichen Teilnehmenden. Mit Blick auf den höchsten Schulabschluss zeigt sich, dass vor allem Personen mit einem höheren Schulabschluss an der Befragung und tendenziell damit auch an den Angeboten teilgenommen haben. Weiter führt dies dazu, dass die Befragtengruppe zu einem Großteil aus Personen mit einem abgeschlossenen Studium besteht. Damit kann von einer Personengruppe ausgegangen werden, die einen höheren Bildungsstand und damit möglicherweise einen höheren ökonomischen Status aufweist.

Zudem zeigt sich, dass die Befragtengruppe sich überwiegend engagiert und auch in ihrer Freizeit Mitglied in einer Organisation ist. Damit kann angenommen werden, dass die Befragtengruppe vorwiegend gut sozial eingebunden ist. Es sollte daher für zukünftige Angebote geprüft werden, wie Zielgruppen die derzeit wenig oder weniger stark mit den Angeboten erreicht werden, stärker zur Teilnahme an Veranstaltungen zu bestimmten demokratischen Themen motiviert werden können. So sollte geprüft werden, die Altersgruppe der 18-27-Jährigen und die Altersgruppe der Personen, die 66 Jahre oder älter sind, gezielt mit weiteren Angeboten anzusprechen. Weiterhin sollte im Folgenden geprüft werden, wie Männer und Personen mit einem Hauptschul- oder Realschulabschluss bzw. keinen Schulabschluss stärker mit Angeboten zu demokratischen Themen erreicht werden können. Dies gilt auch für Personen mit einer Berufsausbildung sowie für Personen, die selbstständig tätig oder arbeitslos sind.

4.2 Zufriedenheit der Befragten mit ihrer Lebenssituation

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die allgemeine Zufriedenheit mit dem eigenen Leben eher positiv bewertet wird. Unterschiede lassen sich vor allem im Vergleich der Altersgruppen feststellen. Schwankungen lassen sich für das Erhebungsjahr 2023 für die Frauen mit einer geringeren Zufriedenheit bzw. für die Personen mit Realschulabschluss mit einer höheren Zufriedenheit feststellen. Hierbei scheint es keine systematischen Schwankungen zu geben. Auch die Werte für die finanzielle Zufriedenheit fallen im Allgemeinen recht positiv aus. Tendenziell ist eine höhere Zufriedenheit, je nach Erhebungszeitraum in den Altersgruppen der 28- bis 45-Jährigen bzw. der 46- bis 65-Jährigen festzustellen. Dies könnte dadurch begründet sein, dass diese Altersgruppen bereits beruflich tätig sind und damit über ein regelmäßiges Einkommen verfügen, während die 18- bis 27-Jährigen erst in das Berufsleben einsteigen bzw. Personen, die 66 Jahre und älter sind, den Blick der finanziellen Bewertung eher auf die Einkünfte durch die Altersrente werfen. Zudem zeigen sich Unterschiede hinsichtlich des Geschlechts. Diese Unterschiede in der Bewertung der finanziellen Lage könnten aus dem „Gender Pay Gap“ bzw. daraus resultieren, dass Frauen häufiger in Teilzeit tätig sind.¹ Insgesamt kann damit festgestellt werden, dass es sich bei den Befragten um Personen handelt, die mit ihrer Lebenslage relativ zufrieden sind.

¹ Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1098738/umfrage/anteil-der-teilzeitbeschaeftigung-in-den-eu-laendern/> (abgerufen am 01.03.2024)

4.3 Bewertung der Aussagen mit Grundgesetzbezug

Die Aussage, dass es Länder gibt, die sich besser um ihre Bürger kümmern würden, als Deutschland bezieht sich auf das Sozialstaatsprinzip. Per Grundgesetz ist Deutschland verpflichtet sozialstaatlich zu handeln. Inwieweit dies von den Bürgern auch so ahrgenommen wird, hängt von unterschiedlichen Punkten ab. So könnte das Alter, das politische Vorwissen, die wahrgenommene Öffentlichkeitsarbeit sowie die gesellschaftliche Einbindung in bestimmte soziale Netze die wahrgenommene Sozialstaatlichkeit beeinflussen. In der Befragung lassen sich Unterschiede feststellen. So sind es vor allem jüngere Personen, Frauen und Befragte mit Abitur, Personen, die der Aussage eher zustimmen. Prinzipiell kann mit der Zustimmung zur dieser Aussage nicht festgestellt werden, woran die Befragten ihre Zustimmung festmachen und inwieweit es sich dabei um ein subjektives Gefühl handelt oder ob konkrete Indikatoren zu dieser Bewertung führen. An dieser Stelle wäre es interessant, in weiteren Befragungen zu überprüfen, welche Gründe die Befragten für die Zustimmung oder Ablehnung haben bzw. sollte die Wendung „besser kümmern“ operationalisiert werden.

Laut Artikel 5 des Grundgesetzes darf in Deutschland keine Zensur der Medien stattfinden. Zudem besteht das Prinzip der freien Meinungsäußerung. Medien sind jedoch auch als Akteure an den Zielgruppen bzw. „Kundinnen und Kunden“ orientiert und wählen dazu Informationen aus. Die Zustimmung der Befragten bewegt sich zwischen einem Anteil von einem Viertel bis zu einem Drittel zu dieser Aussage. Unterschiede finden sich in den Altersgruppen. So wird sichtbar, dass Personen ab 46 Jahren dieser Aussage eher zustimmen. Das subjektive Gefühl bzw. der Eindruck der Befragten zeigt, dass Personen das Gefühl haben könnten, nicht gleichwertig über bestimmte Themen informiert zu werden bzw. einigen Medien in ihrer Berichterstattung nicht „vertrauen“ zu können. Ein Grund dafür könnte auch in der persönlichen Vergangenheit liegen bzw. in einer geringeren Informiertheit über die Vorgehensweise von Berichterstattung in den Medien. Aus der aktuellen Datenlage kann abgeleitet werden, dass Veranstaltungen mit Informationen und Aufklärung zur Funktion und Vorgehensweisen von Medien durchgeführt bzw. gefördert werden sollten. Interessant wäre es auch hier zu prüfen, welche Gründe zur Zustimmung oder Ablehnung dieser Aussage geführt haben. In einer weiterführenden Befragung sollten diese Gründe erfasst und erläutert werden, was unter einer Zensur zu verstehen ist und diese Definition den Befragten im Rahmen einer weiteren Befragung zur Verfügung gestellt werden.

Die Wehr- und Zivildienstpflicht wurde 2011 ausgesetzt und wird derzeit aufgrund politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen wieder diskutiert. Die Befragten stimmen in etwa zur Hälfte der Aussage zu, dass es einen verpflichtenden Wehr- und Zivildienst geben sollte. Dabei sind es vor allem ältere Personen, d.h. Personen, die die Zeit des verpflichtenden Wehr- und Zivildienstes selbst bereits erlebt haben. Auch Männer stimmen der Aussage eher zu sowie Personen mit mindestens einem Kind. Gründe für die Zustimmung zu dieser Aussage könnten darin liegen, dass sich durch die Krisen und Kriege der letzten Jahre sowie des vorhandenen Fachkräftemangels im Gesundheitswesen eine wahrgenommene Unsicherheit entwickelt hat und ein Bedarf an vorgehaltenen militärischen aber auch sozialen Diensten gesehen wird. Möglicherweise rührt die Zustimmung daher, dass ein verpflichtender Dienst als einfache und gangbare Lösung von den Befragten wahrgenommen wird.

Das Ehrenamt ist ein wichtiger Baustein der Gesellschaft. Die Befragten sollten bewerten, inwieweit sie der Aussage zustimmen, dass engagierte Personen eine Zusatzrente erhalten sollten. Die Befragten stimmen der Aussage überwiegend zu. Damit verbunden könnte der Gedanke der Würdigung dieses Engagements von den Befragten gesehen worden sein. Insbesondere jüngere Personen sprechen sich eher für einen zusätzlichen finanziellen Aspekt aus. Die älteren Personen dagegen weniger. Ein Grund für diese Bewertung könnte sein, dass insbesondere jüngere Personen mit solch einem System einen Anreiz für die „Aufstockung“ der in der gesellschaftlich als „unsicher“ geltenden Rente sehen. Auch Frauen und Personen mit Kind stimmen dieser Aussage eher zu. Die Daten zu den Merkmalen der Befragten zeigen, dass sich ein Großteil selbst engagiert.

Der Arbeitszwang für Gefangene wird in Deutschland in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich umgesetzt. Dabei wird in der Regel nicht die Wiedergutmachung im Sinne von Schadensersatz sondern der Resozialisierungsansatz, als Methode der tertiären Kriminalprävention; verfolgt. Die Aussage, dass Straffällige zur verpflichtenden Ableistung von Arbeitsstunden gezwungen werden sollten, wird von mehr als der Hälfte der Befragten zustimmend bewertet. Unterschiede finden sich bezüglich des Alters, so stimmen ältere Personen, Personen mit Realschulabschluss und Personen mit Kind der Aussage häufiger zu. Eine mögliche Interpretation der Zustimmung ist die sozialpsychologische Equity-Theorie (Adams, 1965), nach welcher Personen nach fairen Gegenleistungen für ihren Einsatz in sozialen Beziehungen trachten. Dies könnte auch auf die gesellschaftliche Ebene als Gleichheitsprinzip der Gerechtigkeit bezogen werden. So könnte die Zustimmung dieser Teilgruppen darauf begründet sein, dass diese Gruppen wahrnehmen, gesellschaftlich in verschiedenen Bereichen Arbeitskraft, Engagement oder ähnliches eingebracht zu haben, welches sie von anderen ebenso (zurück) erwarten.

Der Blick auf die Menschenwürde bzw. die Menschenrechte ist ebenfalls in verschiedenen gesellschaftlichen Debatten diskutiert worden (z.B. Austragung der Fußballweltmeisterschaft 2022 in Katar, Lieferkettengesetz, Krieg in der Ukraine usw.). Im Rahmen der Befragung sollten die Befragten die Aussage, dass Deutschland Wirtschaftsbeziehungen zu Staaten, in denen es zu Menschenrechtsverletzungen kommt, auflösen sollte, bewerten. Hierbei zeigen sich unterschiedliche Zustimmungswerte, je nach Erhebungszeitraum. Ein Grund hierfür könnte sein, dass mit Beginn des Ukraine-Kriegs zu Beginn des Jahres 2022 und mit der Austragung der Fußballweltmeisterschaft in Katar das Thema Menschenrechtsverletzungen stark in den gesellschaftlichen Vordergrund gerückt ist. Unterschiede finden sich in den Altersgruppen derart, dass jüngere Personen der Aussage stärker zustimmen. Zudem stimmen Frauen der Aussage stärker zu. Möglicherweise sind das die Personengruppen, die das politische Geschehen stärker in den Fokus nehmen und Konsequenzen daraus für das staatliche Handeln der Bundesrepublik ziehen.

² Deutscher Bundestag (2016). Arbeitspflicht für Strafgefangene - geltende Rechtslage in Deutschland, Frankreich, Spanien. Wissenschaftliche Dienste Sachstand WD 7 - 3000 - 155/16, online verfügbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/483624/9e54d174c9c18bea95f3deab0d9097f8/WD-7-155-16-pdf-data.pdf> (abgerufen am 01.03.2024)

1 Bitte geben Sie Ihr Alter an: _____

2 Bitte geben Sie Ihr Geschlecht an: _____

3 Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?

Noch keinen Abschluss

Hauptschulabschluss (Volksschulabschluss) oder gleichwertig

Realschulabschluss (Mittlere Reife) oder gleichwertig

Abitur/Allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife

4 Welchen höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss haben Sie?

Noch keinen Abschluss

Berufsausbildung (Lehre) oder ähnliches abgeschlossen

Abschluss eines Studiums (z.B. Bachelor, Master, Diplom)

Anderes und zwar:

5 Wie ist Ihre derzeitige berufliche Situation?

Abhängig beschäftigt (angestellt)

Selbstständig

Arbeitslos

Anderes und zwar:

6 Alles in allem, wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit Ihrer finanziellen Situation auf einer Skala von 1 (unzufrieden) bis 10 (zufrieden)?

1 - 2 - 3 - 4 - 5 - 6 - 7 - 8 - 9 - 10

Bitte Zutreffendes ankreuzen.

JA NEIN

- 7 Haben Sie Kinder?
- 8 Sind Sie Mitglied in einer Organisation? (z.B. Sport-, Kulturverein)
- 9 Sind Sie ehrenamtlich tätig?

Inwieweit stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

JA NEIN

- 10 Es gibt Länder, die sich besser um ihre Bürger kümmern als Deutschland.
- 11 Private Fernseh- oder Radiosender sind weniger zensiert als öffentlich rechtliche Medien.
- 12 Es sollte einen verpflichtenden Dienst wie z.B. Wehr- oder Zivildienst für alle Staatsangehörigen geben.
- 13 Menschen, die sich gesellschaftlich engagieren sollten eine staatliche Zusatzrente erhalten.
- 14 Straffällige sollten während einer Haftstrafe, zur Ableistung von Schadensersatz an ihre Opfer, generell zur Arbeit gezwungen werden.
- 15 Deutschland sollte Wirtschaftsbeziehungen zu Staaten auflösen, in denen es nachweislich und wiederholt zu Menschenrechtsverletzungen kommt. Auch wenn das zum Verlust von Arbeitsplätzen in Deutschland führt.
- 16 Alles in allem, wie zufrieden sind Sie gegenwärtig mit Ihrem Leben auf einer Skala von 1 (unzufrieden) bis 10 (zufrieden)?

1 - 2 - 3 - 4 - 5 - 6 - 7 - 8 - 9 - 10

17 Gibt es eine politische Entscheidung der letzten Jahre, welche Sie besonders bedauern? Wenn ja, beschreiben Sie sie bitte kurz.

(Frage nur in der Fragebogenversion für das Erhebungsjahr 2023)

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!



**ES GIBT NICHTS
GUTES, AUSSER
MAN TUT ES.**

Erich Kästner